



Bundesamt für Gesundheit
Direktion Kranken- und Unfallversicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht
Hessstrasse 27 E
3003 Bern

Basel / Bern, 03.05.2013

43.75/SL

**Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und indirekter Gegenvorschlag
(Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, KVG);
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Februar 2013 betreffend Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und –direktoren GDK hat sich im Rahmen der ausserordentlichen Plenarversammlung am 18. April 2013 sowohl mit der Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ sowie mit dem vom Bundesrat präsentierten indirekten Gegenvorschlag auseinandergesetzt. Die GDK lehnt sowohl die Initiative und den indirekten Gegenvorschlag ab, beide Vorlagen werden aber von einer starken Minderheit unterstützt. Ausserhalb eines Gegenvorschlags unterstützt die GDK klar die Verfeinerung des Risikoausgleichs. Sie verschliesst sich auch einer transparenteren Abgrenzung zwischen Grund- und Zusatzversicherung und einer Diskussion über einen Ausgleich von Hochkostenfällen nicht.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHE KONFERENZ DER KANTONALEN
GESUNDHEITSDIREKTORINNEN UND –DIREKTOREN

Der Präsident

Der Zentralsekretär

Dr. Carlo Conti
Regierungsrat

Michael Jordi